



Medien-Information

Mittwoch, 9. Juni 2010

Bildungsminister Klug: „Neue Profiloberstufe entlastet Schüler und Lehrkräfte“

KIEL. Weniger Belastung, mehr Wahlmöglichkeiten, flexiblere Gestaltung der Lerngruppen: Die von Bildungsminister Dr. Ekkehard Klug eingeleitete Verbesserung der gymnasialen Oberstufe, die am 1. August in Kraft treten soll, ist vom Kabinett beschlossen worden. Der Minister sagte heute (9. Juni): „Unsere Verordnung greift die Erfahrungen, die seit Einführung der Profiloberstufe an den Schulen gesammelt worden sind, auf und verbessert die Arbeitsbedingungen für Schüler und Lehrkräfte deutlich.“

„Wir entlasten die Schüler und die Lehrkräfte an mehreren Punkten“, erläuterte Klug:

- Das Unterrichtsvolumen in der gesamten Oberstufenzeit wird reduziert von 102 auf 97 Stunden.
- Die Zahl der Fächer in den Naturwissenschaften und in den Fremdsprachen wird bei gleichzeitig erhöhter Stundenzahl reduziert. Bislang gab es in der Oberstufe zwei Naturwissenschaften und zwei Fremdsprachen jeweils zweistündig. An diese Stelle treten jetzt drei dreistündige Fächer - also zwei Naturwissenschaften und eine Fremdsprache oder ein naturwissenschaftliches Fach und zwei Fremdsprachen.
- Das Abitur kann man künftig auch mit vier Prüfungsfächern ablegen.

Die weiterentwickelte Profiloberstufe bietet außerdem mehr Gestaltungsfreiheit sowohl für die Schüler als auch für die Schulen. „Wir lockern das enge Korsett und schaffen mehr Wahlmöglichkeiten“, sagte der Minister. Die Profilergänzenden Fächer müssen in Zukunft nicht mehr aus zwei verschiedenen Aufgabenfeldern kommen. Das bedeutet, die Profile erhalten erweiterte Kombinationsmöglichkeiten, und sich ergänzende Fächer können dauerhaft kombiniert werden. „Damit kommen wir dem Wunsch der Schüler nach mehr Wahlfreiheit entgegen“, so Klug. Außerdem wird die starre Vorgabe, Unterricht im Klassenverband zu erteilen, gelockert. Die neue Verordnung erlaubt die Einrichtung von Profilgruppen. „Unsere Weiterentwicklung der Profiloberstufe hat in der Anhörungsphase der Verordnung breite Zustimmung erhalten“, sagte Klug.